

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine des Bündnisses Ökonomische Bildung Deutschland e.V. zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Frau von Hugo,
sehr geehrte Frau Hüls,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2026 und für die Gelegenheit, unsere bildungspolitischen Positionen zur ökonomischen Bildung darzulegen. Wir teilen die Überzeugung, dass ein grundlegendes Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge wesentlich für ein selbstbestimmtes Leben, gesellschaftliche Teilhabe und fundierte politische Urteilsfähigkeit ist.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre Fragen wie folgt.

1. Wie bewertet Ihre Partei den Stellenwert ökonomischer Bildungsanliegen einschließlich Wirtschaftsethik, Wirtschaftspolitik, Verbraucherbildung, Finanzbildung, Entrepreneurship Education und BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) vor dem Hintergrund der wachsenden gesellschaftlichen, ökologischen und politischen Herausforderungen, denen wir heute als Einzelne wie auch als demokratisch verantwortliche Gesellschaft gemeinsam gegenüberstehen?

Wir messen ökonomischer und finanzieller Bildung einen außerordentlich hohen Stellenwert bei. Für uns gehört sie zu den Kernthemen einer Bildungspolitik, die junge Menschen zu Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und fundierter Urteilsfähigkeit befähigen will. Unser Verständnis von Bildung zielt darauf, jungen Menschen die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben zu geben. Dazu gehört zwingend, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen: Wie entstehen Preise? Welche Funktion haben Wettbewerb, Eigentum und unternehmerisches Risiko? Wie wirken Steuern, Sozialversicherungen, Inflation oder Zinsen? Welche Chancen und Risiken sind mit Kredit, Sparen und Kapitalanlage verbunden? Und welche Folgen haben wirtschaftspolitische Entscheidungen für unterschiedliche Gruppen und Generationen?

Deshalb wollen wir Wirtschaft und Datenkunde in die Rahmenlehrpläne über alle Schulstufen hinweg aufnehmen. An allgemeinbildenden Schulen und insbesondere an den beruflichen Oberstufenzentren soll zudem Entrepreneurship Education stattfinden. Schülerfirmen und vergleichbare praxisorientierte Projekte sollen nicht die Ausnahme, sondern selbstverständlicher Bestandteil schulischer Bildung werden. Diese

Zielsetzung entspricht auch unserem Grundsatzprogramm, das wirtschaftlicher und finanzieller Bildung ausdrücklich einen hohen Stellenwert beimisst und die Vermittlung grundlegender wirtschaftlicher Kenntnisse und von Entrepreneurship als Standard im Bildungsbereich beschreibt.

Dabei verstehen wir ökonomische Bildung ausdrücklich nicht als Vermittlung einer bestimmten wirtschaftspolitischen Weltanschauung. Gerade Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsethik, Verbraucherfragen und Fragen nachhaltiger Entwicklung leben von Zielkonflikten, unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und der Abwägung von Folgen. Unterricht muss Schüler dazu befähigen, diese Konflikte zu erkennen, Argumente zu bewerten und ein eigenständiges Urteil zu bilden. Deshalb legen wir großen Wert auf das Kontroversitätsgebot und den Beutelsbacher Konsens. Wir wollen Fortbildungsangebote für Lehrkräfte auch an diesen Maßstäben messen.

Finanzbildung besitzt dabei eine besondere Bedeutung. Wer einen Kreditvertrag, Zins und Zinseszins, unterschiedliche Anlageformen, Versicherungen oder die Grundzüge der Altersvorsorge nicht versteht, verfügt faktisch über weniger Freiheit bei wichtigen Lebensentscheidungen. Finanzielle Bildung ist deshalb für uns keine Spezialbildung für angehende Ökonomen, sondern Teil allgemeiner Lebenskompetenz.

Gleichzeitig sollte moderne ökonomische Bildung die Wechselwirkungen von Wirtschaft, Gesellschaft und natürlichen Ressourcen behandeln. Nachhaltigkeit wird aus unserer Sicht besonders dann verständlich, wenn Schülerinnen und Schüler lernen, Knappheiten, externe Effekte, technologische Innovationen, staatliche Regulierung und marktwirtschaftliche Instrumente zu unterscheiden und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu beurteilen. Bildung für nachhaltige Entwicklung sollte daher nicht bei normativen Zielvorgaben stehen bleiben, sondern die Fähigkeit zur Analyse von Zielkonflikten und unterschiedlichen Lösungsinstrumenten stärken.

2. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die ökonomische Bildung vor allem in der Sekundarstufe I an allen Schulformen durch eine Erhöhung der Kontingentstunden für das Fach „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ gestärkt wird?

Wir teilen ausdrücklich das Ziel, der ökonomischen Bildung insbesondere in der Sekundarstufe I mehr Gewicht zu geben. Bei der konkreten Festlegung auf eine Erhöhung der Kontingentstunden ausschließlich für das Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik setzen wir allerdings einen etwas anderen Akzent.

Wir wollen Wirtschaft und Datenkunde verbindlich in die Rahmenlehrpläne über alle Schulstufen hinweg aufnehmen. Ergänzend wollen wir Entrepreneurship Education an allgemeinbildenden Schulen und insbesondere an den Oberstufenzentren verankern sowie Schülerfirmen systematisch ermöglichen. Damit wollen wir sicherstellen, dass

ökonomische Bildung verlässlich und schulformübergreifend Bestandteil des Unterrichts ist und wirtschaftliche Zusammenhänge nicht nur punktuell, sondern kontinuierlich vermittelt werden.

Wir verbinden damit einen inhaltlichen Anspruch mit einer strukturellen Konsequenz: Wirtschaftliche Bildung darf nicht davon abhängen, ob ein Schüler eine bestimmte Schulform besucht oder ob wirtschaftliche Fragestellungen innerhalb eines Verbundfachs tatsächlich genügend Raum erhalten. Wesentliche ökonomische Kompetenzen müssen für alle Schüler verbindlich definiert und mit ausreichender Unterrichtszeit unterlegt werden.

Wir möchten uns deshalb nicht bereits auf eine einzelne stundentafeltechnische Lösung festlegen. Eine bloße Erhöhung der nominellen Stundenzahl eines bestehenden Verbundfachs garantiert aus unserer Sicht noch nicht, dass wirtschaftliche und finanzielle Kompetenzen tatsächlich in der erforderlichen Tiefe vermittelt werden. Entscheidend sind verbindliche Kompetenzziele, ausreichend Unterrichtszeit, fachlich qualifizierte Lehrkräfte und eine Überprüfung, ob diese Kompetenzen tatsächlich erreicht werden.

Wo die Umsetzung dieser Ziele eine Erhöhung des Stundenumfangs von Wirtschaft-Arbeit-Technik erfordert, stehen wir einer solchen Erhöhung ausdrücklich offen gegenüber. Unser Maßstab ist aber das Ergebnis: Jeder Berliner Schüler soll unabhängig von der Schulform wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen, finanzielle Entscheidungen kompetent treffen und unternehmerisches Denken kennenlernen.

3. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung der ökonomischen Bildung im Bereich der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung in Berlin, um das wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Wissen der Lehrkräfte aktuell zu halten?

Eine stärkere ökonomische Bildung funktioniert nur mit Lehrkräften, die fachlich und didaktisch darauf vorbereitet sind. Wir wollen deshalb Aus-, Fort- und Weiterbildung zusammendenken.

Wir wollen verpflichtende und bedarfsgerechte Fortbildungen für sämtliche Lehrkräfte vorsehen. Jede Lehrkraft soll jährlich ein bestimmtes Fortbildungskontingent erfüllen; die Erfüllung soll regelmäßig überprüft werden. Wenn Wirtschaft und Datenkunde, wie von uns vorgesehen, stärker und über alle Schulstufen hinweg in den Rahmenlehrplänen verankert werden, muss sich dieser Anspruch konsequenterweise auch in den Fortbildungsangeboten widerspiegeln. Für Lehrkräfte, die wirtschaftliche Inhalte unterrichten, müssen qualitativ hochwertige Angebote zu aktuellen

wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklungen, Finanzbildung und wirtschaftsdidaktischen Methoden verfügbar sein.

Zugleich wollen wir die Lehrkräfteausbildung grundsätzlich reformieren. Das Lehramtsstudium soll deutlich praxisnäher werden: Studenten sollen von Beginn ihres Studiums an einen festen Tag pro Woche an einer Schule verbringen. Langfristig wollen wir die Lehramtsstudiengänge zu dualen Studiengängen weiterentwickeln. Außerdem wollen wir ermöglichen, dass künftig auch ein studiertes Fach für den Zugang zum Lehramt ausreichen kann.

Für die ökonomische Bildung bedeutet das aus unserer Sicht, Fachwissenschaft, Fachdidaktik und schulische Praxis enger miteinander zu verbinden. Wer wirtschaftliche Zusammenhänge vermittelt, muss sowohl über belastbare fachwissenschaftliche Grundlagen als auch über die Fähigkeit verfügen, kontroverse wirtschaftspolitische Fragen didaktisch angemessen aufzubereiten.

Dabei ist uns die Pluralität der Fortbildung wichtig. Ökonomische Bildung darf weder wirtschaftspolitische Indoktrination noch interessengeleitete Produktberatung sein. Kooperationen mit Hochschulen, Wissenschaft, Unternehmen, Kammern, Verbraucherorganisationen und weiteren außerschulischen Partnern können einen erheblichen Mehrwert bieten, solange Transparenz, fachliche Qualität und das Kontroversitätsgebot gewährleistet sind.

Ein besonderes Potential sehen wir zudem bei unseren geplanten Leuchtturmschulen. Zehn Prozent der Berliner Schulen sollen nach unseren Vorstellungen neue Modelle und Best-Practice-Konzepte erproben und zugleich als Lehrschulen der didaktischen Ausbildung dienen. Solche Schulen könnten auch bei innovativen Konzepten für Wirtschafts-, Finanz- und Entrepreneurship Education eine wichtige Transferfunktion übernehmen.

4. Wie wirkt Ihre Partei darauf hin, dass geschlechtsspezifische Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen, die dem Themenfeld der ökonomischen Bildung zuzuordnen sind und im Ergebnis oft zur Benachteiligung von Mädchen und Frauen führen (u.a. Gender Gap bei Finanzen und der Berufswahl), in der Schule systematisch reflektiert und perspektivisch überwunden oder zumindest reduziert werden können?

Unser Ausgangspunkt ist die individuelle Freiheit: Kein junger Mensch sollte seine Bildungs-, Berufs- oder Lebensentscheidungen aufgrund tradiertener Rollenerwartungen beschränken. Geschlecht darf weder die wahrgenommenen eigenen Fähigkeiten noch die tatsächlich verfügbaren Chancen bestimmen. Deshalb setzen wir bereits sehr früh an. Eltern sollen dafür sensibilisiert werden, tradierte Rollenbilder in den frühen

Lebensjahren aufzubrechen; Kindergärten und Kitas sollen geschlechtersensibel arbeiten. Im schulischen Bereich wollen wir insbesondere Mädchen für Berufe gewinnen, in denen sie bislang unterrepräsentiert sind. Dazu setzen wir auf Ausbildungsbotschafter, eine stärkere Berufsorientierung, mehr Praktika insbesondere im MINT-Bereich und entsprechende Fortbildungen für Lehrkräfte und Dozenten.

Darüber hinaus wollen wir Menschen aus bislang unterrepräsentierten Gruppen ausdrücklich zum Gründen ermutigen. Dazu gehören gezielte Förder- und Vernetzungsangebote, Vorbilder und motivierende Rollenbilder für Mädchen bereits in Kita, Schule und Berufsausbildung sowie stereotypenfreie Medien, Lernmaterialien und Lehrangebote.

Gerade bei finanzieller Bildung halten wir einen möglichst frühen und für alle Schüler verbindlichen Kompetenzerwerb für entscheidend. Finanzwissen darf weder vom Elternhaus noch davon abhängen, ob Jugendliche aus eigenem Interesse Zugang zu entsprechenden Informationen finden. Verbindliche schulische Finanzbildung kann deshalb einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Unterschiede bei Wissen, Selbstvertrauen und finanziellen Entscheidungen gar nicht erst zu verfestigen.

Dabei möchten wir einen Punkt ergänzen: Wir halten es für sinnvoll, geschlechtsspezifische Unterschiede empirisch ernst zu nehmen, wollen daraus aber keine neuen Stereotype ableiten. Schule sollte nicht vermitteln, Mädchen oder Jungen verfügten qua Geschlecht über bestimmte ökonomische Eigenschaften. Sie sollte vielmehr jedem Schüler dieselben Kenntnisse, Erfahrungen und Möglichkeiten eröffnen und dort gezielt unterstützen, wo tatsächliche Unterschiede im Zugang oder in der Beteiligung erkennbar sind.

Das betrifft auch die Berufswahl. Unser Ziel ist es, bereits in der Schule die Grundlagen für Berufswahlen jenseits von Rollenklischees zu legen. Eine fundierte Berufsorientierung, praktische Erfahrungen, sichtbare Vorbilder und wirtschaftliche Grundkenntnisse gehören für uns deshalb zusammen.

5. Die OECD empfiehlt Deutschland, eine nationale Finanzbildungsstrategie zu entwickeln, um bundesweit die finanzielle Bildung der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Inwiefern beteiligen Sie sich an einer bundesweiten Strategie, wenn die Bundesregierung das Vorhaben vorantreibt?

Wir würden eine bundesweite Strategie zur Stärkung finanzieller Bildung konstruktiv unterstützen und uns dafür einsetzen, dass Berlin sich aktiv beteiligt. Dass eine solche Strategie sinnvoll ist, entspricht unserem programmatischen Ansatz: Wir messen wirtschaftlicher und finanzieller Bildung ausdrücklich einen hohen Stellenwert bei; im

Wahlprogramm haben wir diesen Anspruch konkretisiert mit der geplanten Aufnahme wirtschaftlicher Inhalte in die Rahmenlehrpläne aller Schulstufen.

Eine bundesweite Strategie kann aus unserer Sicht insbesondere dort einen Mehrwert schaffen, wo gemeinsame Kompetenzziele, hochwertige und wissenschaftlich fundierte Unterrichtsmaterialien, Lehrkräftefortbildung, Evaluation sowie der Austausch erfolgreicher Konzepte zwischen den Ländern betroffen sind. Gerade bei Finanzthemen endet die Lebenswirklichkeit der Bürger nicht an Landesgrenzen. Grundbegriffe von Haushaltsführung, Kredit, Zins, Geldanlage, Versicherungen, Steuern oder Altersvorsorge sind bundesweit relevant.

Gleichzeitig bleibt schulische Bildung in wesentlichen Teilen Aufgabe der Länder. Wir würden eine nationale Strategie deshalb nicht als Anlass für zusätzliche Doppelstrukturen verstehen, sondern als Möglichkeit, bundesweit hohe Qualitätsstandards und gemeinsame Angebote zu entwickeln und diese in Berlin wirksam umzusetzen.

Wichtig ist für uns darüber hinaus die Unabhängigkeit und Pluralität einer solchen Strategie. Finanzbildung darf keine Werbung für einzelne Finanzprodukte, Anbieter oder bestimmte Anlageentscheidungen sein. Ihr Ziel muss der mündige Bürger sein, der Chancen und Risiken selbst beurteilen, Informationen kritisch einordnen und eigenverantwortliche Entscheidungen treffen kann. Dazu gehören Kenntnisse über klassische Sparformen ebenso wie über Kapitalmarktanlagen, Kredite, Versicherungen, Steuern und staatliche Sicherungssysteme.

Finanzielle Bildung sollte außerdem nicht mit dem Ende der Schulzeit enden. Lebensentscheidungen wie die erste eigene Wohnung, eine Existenzgründung, Familiengründung oder Altersvorsorge stellen jeweils andere Anforderungen an finanzielle Kompetenz. Deshalb begrüßen wir grundsätzlich einen Ansatz, der schulische Bildung mit geeigneten Angeboten für unterschiedliche Lebensphasen verbindet.

Für Berlin ist unser Anspruch klar: Wir wollen nicht darauf warten, dass eine bundesweite Strategie sämtliche Details vorgibt. Wirtschaftliche und finanzielle Bildung soll in den Berliner Schulen bereits aus eigener Verantwortung deutlich gestärkt werden. Eine bundesweite Initiative würden wir zugleich nutzen, um wissenschaftliche Expertise, gemeinsame Standards und erfolgreiche Konzepte für Berlin verfügbar zu machen.

Wir danken Ihnen nochmals herzlich für Ihre Anfrage und für Ihr Engagement für eine fundierte ökonomische Bildung. Die Befähigung junger Menschen zu wirtschaftlicher und finanzieller Selbstständigkeit ist aus unserer Sicht ein wesentlicher Bestandteil

guter Allgemeinbildung und damit auch eine Frage von Chancengerechtigkeit und persönlicher Freiheit.

Für einen weiteren fachlichen und persönlichen Austausch zu den angesprochenen Fragen stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung. Fragen und Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin